7. Sitzung der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin am 21. Februar 2005

Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Unterrichtung über alle wesentlichen Angelegenheiten der Verwaltung

Sparkassen in Westmecklenburg führen Fusionsgespräche

Bürgermeisterin Dr. Wilken, Oberbürgermeister Claussen, die Landräte, Bräunig, Christiansen, Iredi, die vier Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkassen Ludwigslust, Mecklenburg-Nordwest, Parchim-Lübz und Schwerin haben in Anwesenheit der Vorstandsvorsitzenden der vier Sparkassen erste Fusionsgespräche bestätigt.

Nach vorläufigem Arbeitsergebnis der Vorstandsvorsitzenden sind im Rahmen eines Konzeptes folgende Eckpunkte vorgeschlagen:

- Sparkassenvereinigung der vier westmecklenburgischen Sparkassen auf partnerschaftlicher Basis
- Möglicher Fusionstermin: 1. Januar 2007
- Alternativ vorgeschlagener Name: Sparkasse Mecklenburg oder Sparkasse Mecklenburg-Schwerin
- Sitz der Hauptstelle: Schwerin
- Stabsabteilungen sollen möglichst auf die ehemaligen Hauptstellen verteilt werden
- Erhalt des bestehenden Geschäftsstellennetzes
- Fusionsbedingte Kündigungen sollen nicht ausgesprochen werden. Der notwendige Personalabbau soll im Rahmen der natürlichen Fluktuation bzw. durch sozialverträgliche Maßnahmen nach ca. fünf Jahren erreicht werden.

Es ist beabsichtigt, noch in diesem Jahr die erforderlichen Struktur- und Personalentscheidungen herbeizuführen und die Rechtsform der neuen Sparkasse zu klären.

Außerdem sollten bis zum IV. Quartal 2005 die Grundsatzentscheidungen der Träger der jeweiligen Sparkassen vorliegen.

Im kommenden Jahr ist die funktionale Zusammenführung von Stabs-, Service- und Marktfolgeabteilungen vorgesehen.

Für die Kunden werden sich nach Aussage der Verantwortlichen im Rahmen einer möglichen Fusion keine grundlegenden Änderungen ergeben. Ziel der Fusion sollte unter anderem sein, Synergieeffekte zu heben, die Rentabilität weiter zu verbessern, um das für Wachstum und Risikodeckung notwendige Eigenkapital selbst bilden zu können.

Die Verantwortlichen haben sich ausdrücklich dazu bekannt, weiterhin die bisherige rege Tätigkeit als jeweils größter Förderer in der Region fortzuführen.

2. Stand der Abarbeitung der Beschlüsse der Stadtvertretung

Antrag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkungen des SGB II

5. StV vom 6. Dezember 2004; DS 00333/2004

Die Stadtvertretung hatte beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über die Auswirkungen der Umsetzung des SGB II, besonders Abschnitt 2 „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“, auf die Bürger der Landeshauptstadt Schwerin zu berichten. Es sind die in der Begründung formulierten Fragen zu beantworten.

Hierzu wird mitgeteilt:

1. Frage:

Wie viele BürgerInnen werden durch das Gesetzwerk betroffen sein?

Antwort:

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – [Artikel 1 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2934), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. November 2004 (BGBl. I S.2902), Stand: 1. Januar 2005] berechtigt Personen, die

1. das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
2. erwerbsfähig sind,
3. hilfebedürftig sind und
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, (erwerbsfähige Hilfebedürftige),

Die vorläufigen Daten der Statistik über Grundsicherung für Arbeitssuchende der Bundesagentur für Arbeit weist aus, dass im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgemeinschaft Schwerin (ARGE) 15.092 Personen in 8.901 Bedarfsgemeinschaften betroffen sind.

Sämtliche Hilfebedürftigen erhielten zeitgerecht die ihnen ab Januar 2005 zustehenden Leistungen.

2. Frage:

Wie viele BürgerInnen werden das Arbeitslosengeld II nach § 19 erhalten?

Antwort:

11.757 erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten als Arbeitslosengeld II Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 19 SGB II.

3. Frage:

Wie viele BürgerInnen werden das Sozialgeld nach § 28 erhalten?

Antwort:

3.335 nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld nach § 28 SGB II.

4. Frage:

Wie viele BürgerInnen werden gar keine Unterhaltshilfen erhalten?

Antwort:

Eine verlässliche Zahl kann aufgrund systembedingter Mängel der Software (IT-Fachverfahren „A2LL“) nicht genannt werden.

Es kann sich um ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger handeln, die wegen der veränderten Anrechnungsbedingungen auf Einkommen und Vermögen keine Leistungen beantragt hatten oder deren Antrag abgelehnt wurde. Die Anzahl der abgelehnten Anträge kann derzeit nicht genannt werden. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Programmierung einer Schnittstelle zur Statistik für das Jahr 2005 angekündigt.

5. Frage:

Wie viele Arbeitsgelegenheiten nach § 16 (3) bietet die LH der Agentur für Arbeit an?

Antwort:

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, die im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeiten darstellen müssen (§ 16 SGB II, Leistungen zur Eingliederung).

Durch die ARGE wurden aktuell für 144 Hilfebedürftige in 53 Maßnahmen Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Über weitere Angebote ist noch im Rahmen der Umsetzungsmöglichkeiten (Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit) zu entscheiden (siehe auch **Anlage 1**).

Die Stadtverwaltung hat der ARGE über die Stadtfeuerwehr 13 Arbeitsgelegenheiten und über die Beschäftigungsförderungsgesellschaft "Zukunftswerkstatt" 19 Arbeitsgelegenheiten angeboten, die derzeit umgesetzt werden.

6. Frage:

Welche Ausgaben entstehen der LH durch die Umsetzung des SGB II?

Antwort:

Die Landeshauptstadt Schwerin ist nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II Träger für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, (§ 22 SGB II), Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, Leistungen für Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich Schwangerschaft und Geburt sowie mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen schulrechtlichen Bestimmungen (§ 23 Abs. 3 SGB II) und für Leistungen für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, für die Schuldnerberatung, für die psychosoziale Betreuung und für die Suchtberatung (§ 16 Abs.2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II).

Für diese Leistungen sind für das Haushaltsjahr 2005 insgesamt 21.152.500 Euro veranschlagt, davon 20.300.000 EUR für Unterkunft und Heizung (Kosten der Unterkunft – KdU).

Auf der Grundlage der aktuell bekannt gewordenen Daten wird dieser Ansatz nicht ausreichen. Nach den bisher erfolgten Auszahlungen liegt es so, dass für 8.901 Bedarfsgemeinschaften (BG) rund 27.600.000 Euro im Jahre 2005 aufzuwenden sein werden. Die Anzahl der jetzt vorhandenen BG übersteigt die Prognose der Verwaltung von 7.658 um 1.243 BG.

Eine Analyse dieser Differenz konnte noch nicht abgeschlossen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass eine wesentliche Komponente in der unsicheren Prognose der Agentur für Arbeit liegt: Die Anzahl der im Jahre 2004 ermittelten Empfänger von Arbeitslosenhilfe ließ Aussagen über die Größe der dahinter stehenden BG nicht zu.

7. Frage

Wie werden diese Ausgaben gedeckt?

Antwort:

Die Ausgaben wären durch die Beteiligungen des Bundes und des Landes, der Erstattung von Personalkosten durch die Agentur für Arbeit und durch Minderausgaben im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt gedeckt; der Haushalt wäre um 5.144.920 Euro entlastet worden (Darstellung siehe **Anlage 2**)

Nach den aktuellen Kenntnissen muss von einer Unterdeckung in Höhe von 7.300.00 Euro ausgegangen werden, mithin von einer zusätzlichen Belastung in Höhe vom rund 2.155.000 Euro.

8. Frage:

Wie weit ist die Gründung der Arbeitsgemeinschaft nach § 44b gediehen und wie viele Beschäftigte der Stadtverwaltung wurden übergeleitet mit welchen Personalkosten, die dann wohl im Haushalt der Stadt selbst als Einsparungspotential in Anschlag genommen werden?

Antwort:

Bekanntlich wurde die Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende in der Landeshauptstadt Schwerin (ARGE) mit dem Öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetz (SGB II) zwischen der Agentur für Arbeit Schwerin und der Landeshauptstadt Schwerin vom 19. November 2004 gegründet.

Den Vertrag schlossen Herr Oberbürgermeister Claussen und die Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Schwerin, Frau Woythe, ab.

Derzeit sind insgesamt 72 (zweiundsiebzig) Bedienstete der Landeshauptstadt Schwerin in der ARGE beschäftigt, für die Personalkosten monatlich, zunächst pauschal, durch die Agentur für Arbeit in Höhe von 247.260,- EUR erstattet werden.

Weiterer Bericht:

1.

Die Trägerversammlung (§ 5 des Vertrages), die sich aus jeweils 3 stimmberechtigte Vertretern der Vertragspartner der ARGE zusammensetzt, wurde am 16. Dezember 2004 konstituiert. Mitglieder der Trägerversammlung für die Landeshauptstadt Schwerin sind der Beigeordnete Herr Junghans (Vorsitzender der Trägerversammlung) und die Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen und des Hauptverwaltungsamtes, Herren Block und Wollenteit.

2.

Die Gründung des Beirates (§ 8 des Vertrages) wird derzeit vorbereitet.

Dem Beirat obliegt die Beratung der Trägerversammlung und der Geschäftsführung in grundsätzlichen Fragen der Arbeitsmarktpolitik, er soll den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren auf dem Arbeitsmarkt auf lokaler Ebene fördern, soweit es sich um Aufgaben im Zusammenhang mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen des neuen SGB II handelt.

Er besteht aus zwölf Mitgliedern der an der lokalen Arbeits- und Sozialpolitik beteiligten Gruppen, insbesondere der Gewerkschaften, Verbände, Kammern und Innungen, der Träger der freien Wohlfahrtspflege und weiteren Beschäftigungsträgern sowie der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin.

Das Berufungsrecht für die Benennung von sechs Mitgliedern aus dem Kreise der Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin obliegt nach einem Beschluss der Trägerversammlung der ARGE Schwerin der Landeshauptstadt Schwerin. Über die in den Beirat zu entsendenden Personen entscheiden die Organisationen nach eigenem Ermessen; dabei sind mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden.

3.

Der Umzug des kommunalen Personals in die Räume der ARGE erfolgte am 18. und 19. Januar 2005.

3. Beschlüsse des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss hat zwischen der 06. Sitzung der Stadtvertretung am 24.01.2005 und der 07. Sitzung der Stadtvertretung am 21.02.2005 nachstehende Beschlüsse gefasst:

- Der Hauptausschuss stimmt den Modalitäten zur Umschuldung eines Investitionskredites zu. Die Werkleitung der Schweriner Abwasserentsorgung erteilt den Zuschlag an den zins-günstigsten Bieter. Der Hauptausschuss wird im März 2005 über das Ergebnis der Zuschlagserteilung unterrichtet.
- Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage „Einleitung eines erneuten Planverfahrens Nr. 53.05 "Am Güstrower Tor" für das Gelände der ehemal. PGH am Heidensee Vorlage: 00405/2005“ zur Kenntnis.
- Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage „Sanierung Pfaffenteichufer Vorlage: 00410/2005“ zur Kenntnis.
- Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage „Einleitung eines Planverfahrens für den Bereich 'Lankower Aubach - Nord'; Vorlage: 00374/2004“ zur Kenntnis.
- Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage „Einleitung eines erneuten Planverfahrens auf dem Gelände des Ehemaligen Molkerei- und Dauermilchwerks an der Möwenburgstraße, Vorlage: 00362/2004“ zur Kenntnis.

Grundstücksangelegenheiten:

- Dem Verkauf des 245 m² großen Grundstückes Johannesstraße 10, Flurstück 91 der Flur 72, Gemarkung Schwerin wird zugestimmt. Zugestimmt wird auch der Vorwegbeleihung des Grundstückes mit einer Grundschuld bis zu einer Höhe von 200.000,-- EUR nebst Jahreszinsen von höchstens 20 % ab dem Tag der Grundschuldbestellung und einer einmaligen Nebenleistung von höchstens 10 % zugunsten der finanzierenden Bank. Die Nebenkosten des Vertrages trägt der Käufer.
- Dem Verkauf des 967 m² großen Grundstückes Tannhöfer Allee 6, Flurstück 20 der Flur 50, Gemarkung Schwerin Schwerin wird zugestimmt. Zugestimmt wird auch der Vorwegbeleihung des Grundstückes mit einer Grundschuld bis zu einer Höhe von 170.000,-- EUR nebst Jahreszinsen von höchstens 20 % ab dem Tag der Grundschuldbestellung und einer einmaligen Nebenleistung von höchstens 10 % zugunsten der finanzierenden Bank. Die Nebenkosten des Vertrages trägt der Käufer.

Einvernehmensregelung:

- Erteilung des Einvernehmens nach § 8(4) Nr. 7 Hauptsatzung - Bauen im Außenbereich gemäß § 35 BauGB , Knaudtstraße 31 (61-14-1277/04)
- Abbruch Mehrfamilienhaus Münzstraße 22 , Aktenzeichen :61-14-2747/04
- Befreiungsantrag von den Festsetzungen des B-Planes "Technologie- und Forschungspark" hier: Verzicht auf die Gliederung bei Fassaden größer als 50 m Länge (AZ: 61-22-2624/04, Mettenheimer Straße 12, 14)
- Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung zum Vorhaben Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 19 WE einschließlich Tiefgarage Barcastraße , Bornhövedstraße (Akz. 61-15-1980/04)
- Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung - Befreiungsantrag von den Festsetzungen des B-Planes "Technologie- und Forschungspark" hier: Überschreitung der GRZ (AZ: 61-22-00010/05, Mettenheimer Straße 12, 14)
- Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung - Befreiungsanträge von den Festsetzungen des B- Planes "Technologie- und Forschungspark" hier: 1. Überschreitung der GRZ, 2. Errichtung von Stellplätzen innerhalb der Grünstreifen (AZ: 61-22-3110/04 und 61-22-63/05, Mettenheimer Straße)

- Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung zum Vorhaben Umbau des Mehrfamilienwohnhauses Hospitalstr. 14 (Az. 61-13-2220/04) ; hier: Änderung der Straßenfassade
- Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung zum Vorhaben Umbau des Gebäudes Großer Moor 18 (Az. 61-13-2812/04; hier: Änderung der Straßenfassade

4. Bearbeitungsstand von in den Hauptausschuss verwiesenen Anträgen

Antrag (Ortsbeirat Warnitz)

Verkehrsführung Warnitz, Zum Kirschenhof und Kirschenhöfer Weg

Vorlage: 00388/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung mit der Maßgabe, den Antrag gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage „Verkehrskonzept Warnitz“, die in Kürze eingebracht wird, zu beraten.

Antrag (SPD-Fraktion; Fraktion Unabhängige Bürger)

Bericht Sportplatznutzung

Vorlage: 00390/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Kultur, Sport und Schule zur Vorberatung.

Antrag (Fraktion Unabhängige Bürger)

Sportstättennutzungsgebühr im Bereich Kinder- und Jugendsport

Vorlage: 00392/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Kultur, Sport und Schule und in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung mit der Maßgabe, den Antrag gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage „...“, die in Kürze vorliegt, zu beraten.

Antrag (Fraktion Unabhängige Bürger)

Verkehrsberuhigung in der Wohngebietsstraße Ellerried-Schwerin Krebsförden

Vorlage: 00393/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung und in den Ortsbeirat Krebsförden zur Vorberatung.

Antrag (PDS-Fraktion)

Längeren gemeinsamen Unterricht einführen

Vorlage: 00384/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag nebst Änderungsanträgen in den Ausschuss für Kultur, Sport und Schule zur Vorberatung.

Antrag (Fraktion Unabhängige Bürger)

Einrichtung eines Stromanschlusses in der Reppiner Burg - Schwerin Mueß

Vorlage: 00394/2005

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung und in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung und in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften zur Vorberatung.

5. Sonstige Informationen

Estnischen Botschafter empfangen

Am Mittwoch, 2. Februar, habe ich S.E. Dr. Clyde Kull, Botschafter der Republik Estland, im Alten Ratssaal des Rathauses empfangen. Im Anschluss an die Begrüßung und die Eintragung in das Goldene Buch folgte ein Dialog zu Themen wie die EU-Erweiterung, das Knüpfen von Netzwerken im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen, die Bildungspolitik sowie die demografische Entwicklung. Darüber hinaus standen auf dem Tagesprogramm des Botschafters Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff, dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin Jörgen Thiele und der 1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. S.E. Dr. Clyde Kull ist seit August des vergangenen Jahres Botschafter in Deutschland.

Gewerbegebiet Göhrener Tannen Finanzielle Mittel für äußere Erschließung übergeben – Verbindungsstraße bereits im August fertig

---

Innenminister Dr. Gottfried Timm übergab am Donnerstag, 3. Februar, einen Bescheid über eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 560.500 Euro. Mit den finanziellen Mitteln des Landes wird nicht nur ein Teil der äußeren Erschließung des Gewerbegebietes „Göhrener Tannen“ umgesetzt, sondern auch das Ziel, Arbeitsplätze die Landeshauptstadt und die Region zu schaffen, unterstützt. Bis August soll die Verbindungsstraße zwischen der B 106 und B 321 ausgebaut werden und eine direkte Anbindung an die Carl-von-Linde-Straße entstehen. Auch ein Fuß- und Radweg werden geschaffen. Die gesamte Baumaßnahme, die nicht nur durch das Innenministerium, sondern auch durch das Wirtschaftsministerium aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert wird, umfasst Kosten in Höhe von 6,3 Mio. Euro. Die Leitungen für Erdgas, Strom, Wasser sowie Abwasser werden die Stadtwerke im Auftrag der Landeshauptstadt in den kommenden Monaten verlegen, damit bereits im Mai die notwendigen Voraussetzungen für die Ansiedlung der Flamm AG und andere potentielle Investoren im östlichen Bereich des Gewerbegebietes gegeben sind.

Wohngebiet „Neue Gartenstadt-Mitte“ Erschließungsarbeiten liegen im Zeitplan

---

Nachdem am 14. August des vergangenen Jahres in symbolischer Form der erste Spatenstich für das Wohngebiet „Neue Gartenstadt - Mitte“ erfolgte, werden derzeit erste Teilabschnitte erschlossen. Sämtliche Erschließungsleistungen, das heißt von der Wasser- und Stromversorgung bis hin zum Bau der Verkehrswege und Grünanlagen, werden durch die HFR Grundbesitz GmbH, den Erschließungsträger, durchgeführt und in ihren zeitlichen Abläufen koordiniert. Die bauliche Entwicklung des Wohngebietes erfolgt auf der Grundlage eines Bebauungsplanes, den die Stadtvertretung voraussichtlich in ihrer Sitzung am 21. Februar 2005 beschließen wird. Rechtskräftig wird der Bebauungsplan mit erfolgter Bekanntmachung im Stadtanzeiger. Mit dem Bebauungsplan entsteht Baurecht für ca. 260 Wohnungen in Einfamilien- und Reihenhäusern sowie in Stadtvillen. Außerdem sind ein Einkaufsmarkt, Geschäfte und kleinere Dienstleistungseinrichtungen geplant. Damit geht auch ein langjähriger Wunsch vieler ansässiger Einwohner zur Nahversorgung der Gartenstadt in Erfüllung. Im Anschluss der In der nördlich, an das Plangebiet angrenzenden „Neuen Gartenstadt“ (sogeannter 1. BA), sind von den 200 geplanten Wohnungen bislang ca. 2/3 realisiert.

"Statistisches Jahrbuch 2004" für die Landeshauptstadt erschienen

---

Druckfrisch liegt das "Statistische Jahrbuch 2004" für die Landeshauptstadt Schwerin vor. Auf 218 Seiten sind eine Vielzahl statistischer Daten mit Stand vom Dezember 2003 in einem Werk zusammengefasst. Das Jahrbuch ist in zehn Rubriken unterteilt: Geografie, Bevölkerung, Wirtschaft, Bauen und Wohnen, Verkehr, Fremdenverkehr, Gesundheit und Soziales, Bildung und Kultur, Öffentliche Ordnung und Kommunalverwaltung. Tabellen, Diagramme und Erläuterungstexte machen es dem Nutzer leicht, die entsprechenden Daten über Schwerin herauszufinden. Das Nachschlagewerk gibt beispielsweise Auskunft über die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur. Im Bereich "Wirtschaft" sind zum Beispiel Statistiken zu Unternehmen, zur Bruttowertschöpfung, zur Erwerbstätigkeit und zur Entwicklung des Arbeitsmarktes verzeichnet. Der Interessierte erhält unter der Rubrik "Bauen und Wohnen" Zahlen zu Baugenehmigungen, zum Kaufwert von Bauland und den Wohnungen in Schwerin. Detaillierte Informationen zum Fahrzeugbestand und Fahrzeugneuzulassungen, zur Zahl der Verkehrsunfällen und Parkplätzen gibt es u.a. im Abschnitt "Verkehr". Die Statistiken zur Entwicklung des Tourismus sind im Themengebiet "Fremdenverkehr" nachzuschlagen. Die Rubrik "Gesundheit und Soziales" vermittelt Wissenswertes zum Gesundheitswesen, eine Übersicht über niedergelassene Ärzte und über Angaben zur Sozialhilfe. Statistiken zum Theater, Konservatorium, zur Volkshochschule, Stadtbibliothek und den Museen der Stadt wie auch zu Schulen und Schülerzahlen sind in der Rubrik "Bildung und Kultur" zu finden. Unter dem Stichwort "Öffentliche Ordnung" sind Daten zur Kriminalität und zur Feuerwehr verzeichnet. Der Abschnitt "Kommunalverwaltung" zeigt Zahlen zum Personalbestand in den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages in den neuen Ländern und zum Realsteuervergleich der Stadt 2002 und 2003.

Die Daten wurden von der städtischen Abteilung Organisation, Personal und Statistik des Hauptverwaltungsamtes zusammengefasst und aufbereitet.

Das "Statistische Jahrbuch 2004" ist im Bürgercenter des Stadthauses Am Packhof 2-6 zum Preis von 10,00 Euro ab sofort erhältlich.

Stadtverwaltung und Stadtvertretung unterstützen Familie auf Sri Lanka

---

Mehr als sechs Wochen liegt die Flutkatastrophe in Südostasien zurück. Doch immer noch haben wir die erschütternden und unfassbaren Bilder vor Augen. Laut dpa Meldungen sind über 300.000 Menschen ums Leben gekommen oder werden noch vermisst. Mitarbeiter der Stadtverwaltung Schwerin und Stadtvertreter wollen nachhaltig in dem betroffenen Gebiet helfen und sammeln Spenden. Ziel ist es, Familien, die alles verloren haben, ein neues zu Hause geben und die Grundlagen zu schaffen, damit sie sich ihren Lebensunterhalt wieder selbst erarbeiten können. Aus diesem Grund hat sich Stadtverwaltung an die Koordinationsstelle in Deutschland für die Flutopfer – dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Internationalen Entwicklung gGmbH und der Kommunalen Servicestelle Partnerschaftsinitiative – gewandt.

Nach zwei Wochen des ungeduldigen Wartens kam die erfreuliche Nachricht, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die Stadtvertreter beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur im Nordosten von Sri Lanka helfen können. Über das Hilfswerk „humedica“ beteiligen wir uns an dem Programm „1000 Boote – 1000 Häuser“. Mit dem gesammelten Geld wird eine Familie, die ihre Lebensgrundlagen durch die schreckliche Flut verloren haben, von uns unterstützt. Die Familie erhält ein neues Fischerboot und ein kleines Fertighaus aus dem sogenannten „Low Cost Housing Programm“. Da die Familien bei den Bauarbeiten mit anpacken und die Baumaterialien günstig im Land eingekauft werden können, liegen die Kosten pro Haus bei 2.500 Euro. Hinzu kommen 2.500 Euro für ein neues Fischerboot mit Netzen. Im Norden der Insel existiert kein Tourismus, so dass der Fischfang einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Region ist. Die Fiberglasboote werden vor Ort von Bootsbaufabriken hergestellt. Nach Auskunft des Hilfswerkes humedica haben sich bereits in dem betroffenen Gebiet 360 einheimische Familien für dieses Patenschaftsprogramm registrieren lassen. Darüber hinaus wird von Seiten der Stadtverwaltung und Stadtvertretung eine 3-jährige Patenschaft mit der Familie angestrebt, die unterstützt wird. Starten soll die Patenschaft dann in ein bis zwei Monaten.

Neue Dienstleistung für Vereine und Träger in Schwerin Neues Büro zur „Sozialen Netzwerkberatung“ öffnete am 10. Februar 2005

Seit langem ist bekannt, dass es für Schweriner Vereine und Träger immer schwieriger wird, ihre soziale oder kulturelle Arbeit ausschließlich mit städtischer Förderung oder entsprechenden Landesprogrammen bestreiten zu können. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt reichen bei weitem nicht aus, alle sinnvollen sozialen und kulturellen Angebote zu finanzieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: projektbezogene Förderung wird immer wichtiger. Allein in Deutschland agieren bis zu 800 Stiftungen und Fördermittelgeber mit sehr unterschiedlichen gemeinnützigen Zielstellungen. Hier stehen für viele Vereine die größten Hindernisse: Was steht in welchem Programm? Wie baue ich meinen Projektantrag auf? Wenn es gelingt, nur einen kleinen Teil der möglichen Förderprogramme unter den Vereinen bekannt zu machen und daraufhin gezielt Projekte zu entwickeln, wäre dies für Schwerin ein großer Gewinn. Dieser Aufgabe wird sich jetzt ein Beratungsbüro widmen:

Die Caritas Mecklenburg e.V. Kreisverband Schwerin eröffnete am 10. Februar 2005 in Kooperation mit der Landeshauptstadt Schwerin – Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit ein Büro für „Soziale Netzwerkberatung“ in der Goethestraße 30. Mit diesem Projekt wollen wir Erfahrungen sammeln beim Einwerben von Drittmitteln aus anderen Förderprogrammen für kleinere Projekte und Bürgerinitiativen in der ganzen Stadt. Der Trend zeigt, dass von der reinen institutionellen Förderung abgegangen wird. Heute werden stärker kluge Ideen und gezielte Projekte unterstützt.

Ein Verein kommt mit einer guten Idee, oder Bewohner möchten sich in einem Nachbarschaftsprojekt engagieren, wissen aber nicht, wie solche guten Ideen zu Projekten entwickelt und dann gefördert werden könnten. Mit einem neuen Beratungsangebot und der gezielten Suche nach geeigneten Fördermöglichkeiten soll das Engagement von Vereinen und Bewohnern zusätzlich unterstützt werden.

Das Ziel ist klar: Mit dieser Dienstleistung sollen zusätzliche Fördermittel für Schwerin eingeworben werden. Das Büro wird gefördert aus dem Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS). Dieses Programm läuft seit 2003 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Kommunen mit Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf erhalten aus dem Europäischen Sozialfond finanzielle Mittel für die Förderung dieser Stadtteile. Die Landeshauptstadt Schwerin erhält für ihre zwei Programmgebiete - Feldstadt und Neu Zippendorf/Mueßer Holz - insgesamt 200.000 Euro. 2004 wurden 13 Projekte und in diesen Jahr werden 20 Mikroprojekte realisiert.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.schwerin.de/los und www.drittmittelakquise.de.

Büro der Beauftragten für die Integration der Zuwanderer und Ausländerangelegenheiten zieht ins Stadthaus

---

Das Büro der Beauftragten für die Integration der Zuwanderer und Ausländerangelegenheiten Annette Köppinger zieht um. Ab sofort finden Sie die das Büro in der ersten Etage des Stadthauses, Am Packhof 2-6, Zimmer 1100 und 1096.

Telefonisch sind Annette Köppinger unter 545 – 22 11 und Karin Saar unter 545 – 21 72 zu erreichen.

Treffen mit neuen Ortsbeiratsvorsitzenden

Am Donnerstagabend, 10. Februar, traf ich mich zu einem ersten Treffen mit den neu gewählten Ortsbeiratsvorsitzenden der 14 Schweriner Ortsbeiräte im Stadthaus. In den vergangenen Wochen wurden die neuen Ortsbeiräte gewählt. Mit Peter Schult (Weststadt), Gunter Scharf (Schelfstadt), Gerhard Rieger (Großer Dreesch), Wolfgang Reimers (Neu Zippendorf), Damaris Rahner-Schramm (Haselholz/Ostorf) und Robert Woywode (Krebsförden) traten gleich sechs neue Vorsitzende ihr Amt an.

Neben der Vorstellung der neuen Vorsitzenden ging es in dem Gespräch vor allem darum, wie Ortsbeiräte und Stadtverwaltung am Besten zusammen arbeiten. Darüber hinaus wurden aktuelle Probleme in den Stadtteilen angesprochen. So kam das Parkproblem rund um die Kitas auf dem Großen Dreesch zur Sprache. Thema war auch das bevorstehende zehnjährige Jubiläum des Ortsbeirates Friedrichsthal.

Ortsbeiräte vertreten die Interessen der Einwohner des Ortsteils gegenüber der Stadtvertretung und pflegen die Kontakte zu allen im Ortsteil ansässigen Vereinigungen.

Städtebaufördermittel für Lankow

Städtebaufördermittel fließen nicht nur in den Sanierungs- und großen Neubaugebieten wie den Großen Dreesch oder Neu Zippendorf. Seit einem Jahr sind auch Teile des Stadtteils Lankow in das Städtebauförderungsprogramm des Landes aufgenommen. Das betrifft insbesondere den ehemaligen "Internatskomplex" an der Gadebuscher Straße.

Insgesamt befinden sich auf dem 6 ha großen Areal acht Wohnblöcke und weitere ehemalige Gesellschaftsbauten, die größtenteils schon seit einigen Jahren leer stehen und ein verwahrlostes Bild abgeben. Mit Geldern der Landeshauptstadt und des Landes soll dieser städtebauliche Missstand nun schrittweise beseitigt und die leer stehenden Gebäude zurück gebaut werden. Im letzten Jahr wurden schon die verlassenen Garagen auf dem Komplex abgerissen. 2005 sollen die ehemalige Mensa und zwei der acht Wohnblöcke weichen. In drei bis vier Jahren können dann alle Gebäude zurück gebaut sein und Platz für ein neues Wohngebiet bieten.

Neue Infosäulen am Naturlehrpfad

Der Naturlehrpfad entlang des Schweriner Innensees ist bei Naturfreunden beliebt. Doch leider wurden in den vergangenen Monaten zahlreiche der am Weg stehenden Infosäulen beschädigt. Bis zu Saisonbeginn im Mai sollen nun neue Schilder an die Infosäulen angebracht werden. Sie erhalten sogar mehr Informationen. Zum einen zu Besonderheiten des Standortes und zum anderen zur Lage aller Stationen am Schweriner See. Darüber hinaus erhält die Insel Kaninchenwerder zusätzlich 19 Infosäulen, die Stationen eines Naturlehrpfades markieren. Außerdem werden zwei Schautafeln auf der Insel angebracht.

Der Schweriner Grafiker Günter Luckhaus hat sich mit dem Design für den Lilienthaldesign Preis des Landes beworben. Die im Auftrag der Landeshauptstadt erstellten Infosäulen und Broschüren wurden sind als ausgewähltes Ausstellungsexponat noch bis zum 18. Februar in einer Ausstellung zum Preis in Rostock in der Galerie Am Markt zu sehen. Mehr Informationen unter: www.see-natour-schwerin.de

Anlagen

**Antrag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen des SGB II
5. StV vom 6. Dezember 2004; DS 00333/2004
(siehe Seite 3)**

Anlage 1
(zur Frage 5 - Arbeitsgelegenheiten)

Auszug aus den Arbeitshilfen der Bundesagentur für Arbeit zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des SGB II ;
erarbeitet unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der "Begleitungsgruppe Zusatzjobs" (Kommunale Spitzenverbände, Wohlfahrtsverbände, DGB Bundesverband der Arbeitgeberverbände)

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung – Zusatzjobs

- § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II
  - im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeiten
  - nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- (1) Im Rahmen von zumutbaren, nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen (im sog. Sozialrechtsverhältnis) können von Maßnahmeträgern im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs) geschaffen werden. Während der Teilnahme erhält der erwerbsfähige Hilfebedürftige zuzüglich zum ALG II eine angemessene Mehraufwandsentschädigung.
  - (2) Die Kranken- Renten- und Pflegeversicherung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist im Rahmen der Weiterzahlung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sicherung des Lebensunterhalts) gewährleistet.
  - (3) Mit dieser flexibel einsetzbaren Konstruktion sind bei den Zusatzjobs auch sämtliche Teilzeitvarianten möglich.
  - (4) Die Ausgestaltung der Zusatzjobs ist auf die individuellen Erfordernisse der Hilfebedürftigen abzustimmen. Daher soll der Handlungsspielraum der lokalen Ebene nicht durch zentrale Vorgaben eingeschränkt werden. Ebenso verbieten sich schematische und generelle Festlegungen, um das Ziel eines jederzeit möglichen Überwechselns in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zu beeinträchtigen. Allerdings ist klar, dass Arbeitsuchende nicht dauerhaft in Zusatzjobs beschäftigt werden dürfen.

Die Finanzierung der Trägerkosten bei Zusatzjobs ist im Rahmen der lokalen Gestaltungsfreiheit festzulegen. Dabei sind neben den Kosten für die Mehraufwandsentschädigung auch die Kosten des Trägers für Qualifizierung, Anleitung und Betreuung des Hilfebedürftigen bei der Bemessung des Förderbetrages angemessen zu berücksichtigen.

Auch über die Angemessenheit der Höhe der Mehraufwandsentschädigung ist auf lokaler Ebene zu entscheiden. Die Dauer und Höhe der Förderung ist auf die individuellen Erfordernisse und die Eingliederungsvereinbarung des Hilfeempfängers abzustimmen und lokal festzulegen.

Die Möglichkeit zu Eigenbemühungen bei der Suche nach Ausbildung oder Arbeit darf durch die Anzahl der zu leistenden Wochenstunden nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Förderdauer können sowohl lokale Besonderheiten wie die Lage auf dem Arbeitsmarkt als auch Besonderheiten des zu fördernden Personenkreises berücksichtigt werden.

- (5) Der Förderumfang ist gesetzlich nicht vorgegeben. Die monatliche Förderung an den Träger kann neben der Mehraufwandsentschädigung für die Teilnehmer auch eine Maßnahmekostenpauschale umfassen und ist zweckentsprechend zu verwenden.

a) Maßnahmekostenpauschale für den Träger:

Mit dieser spezifisch festlegbaren monatlichen Kostenpauschale je besetztem Teilnahmepplatz kann der entstandene Aufwand des Trägers für die Maßnahmedurchführung (z. B. Personal, Unfall- und Haftpflichtversicherung, Betreuung, Qualifizierung, Arbeitskleidung, Sach-

kosten, sonstiger Overhead) abgedeckt werden. Über diese Maßnahmekostenpauschale hinaus sollten keine weiteren Leistungen an den Träger erbracht werden.

b) Mehraufwandsentschädigung für die Teilnehmer:

Die Mehraufwandsentschädigung ist eine pauschale Leistung für die Teilnehmer und deckt alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Teilnahme an einem Zusatzjob ab. Regelmäßig dürfte eine Mehraufwandsentschädigung von nicht unter 1 Euro angemessen sein.

Die Mehraufwandsentschädigung

- sollte so festgelegt werden, dass ein Anreiz zur Aufnahme einer entsprechenden regulären Beschäftigung nach tariflicher oder ortsüblicher Entlohnung besteht.
- sollte vom Träger unverzüglich sowie ohne Abzug an den Teilnehmer weitergegeben werden,
- wird nicht auf die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (z.B. Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung) angerechnet,
- sollte nur für tatsächlich geleistete Beschäftigungsstunden gezahlt werden (also z.B. nicht für Krankheitszeiten, Urlaubstage oder an Wochenenden / Feiertagen),
- sollte für die Teilnahme an allen Bestandteilen einer Arbeitsgelegenheit (also z.B. auch Profiling, Qualifizierung) gezahlt werden.

- (6) Die Förderdauer des Zusatzjobs sollte maßnahmebezogen und unter Berücksichtigung regionalspezifischer Erfordernisse festgelegt werden.
- (7) Die von der Maßnahmedauer unabhängige und zeitlich zu begrenzende individuelle Zuweisungsdauer der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sollte in der Eingliederungsvereinbarung festgehalten werden. Es empfiehlt sich, das Vorliegen eines bestehenden Eigeninteresses des Trägers an der Beschäftigung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bei der Festlegung der Zuweisungsdauer angemessen zu berücksichtigen.
- (8) Die wöchentliche Beschäftigungszeit des Hilfeempfängers kann variabel gestaltet werden. Sie sollte in der Regel 30 Stunden (einschließlich z.B. Qualifizierung) nicht überschreiten, um Eigeninitiativen für die berufliche Integration zu ermöglichen.

Anlage 2
(zu Frage 7 – Deckung der Ausgaben)

Beteiligungen des Bundes und des Landes im Jahre 2005	9.563.600 EUR
Personalkostenerstattung	2.967.120 EUR
Einnahmen	12.530.720 EUR
Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt 2004	15.518.600 EUR
Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt 2005	1.751.900 EUR
Minderausgaben	13.766.700 EUR
Einnahme / Minderausgaben	26.297.420 EUR
Ausgaben	21.152.500 EUR
Minderausgaben im Jahre 2005	5.144.920 EUR